

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 45 (1966)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Gefahren der Expertokratie?  
**Autor:** Walter, Emil J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337831>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Gefahren der Expertokratie?

Die politische Soziologie im speziellen und die Soziologie im allgemeinen haben bis vor einem Jahrzehnt in der Schweiz nur eine verhältnismäßig geringe Beachtung gefunden. Nach der Gründung der «Schweizerischen Gesellschaft für politische Wissenschaften» und der «Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie» änderte sich diese Sachlage. Die Gründung beider Gesellschaften geht im wesentlichen auf die Initiative von Dozenten westschweizerischer Universitäten zurück. Schon 1960 wurden Pläne erörtert, «Die Rolle des Experten in der Demokratie» auf wissenschaftlicher Basis nach «Notwendigkeit der Experten», «Der Experte und die verschiedenen Staatsfunktionen», «Der Experte und die Willensbildung des Volkes» und «Aufgabe und Grenzen der Experten» abzuklären. Zwei Jahre früher hatte Manfred Kuhn in einer Schrift der neuen Helvetischen Gesellschaft<sup>1</sup> den Begriff der *Expertokratie* als «Oligarchie der Experten» geprägt.

Das Problem der Rolle der Experten respektive der Fachleute in der Demokratie – und wie wir ergänzen wollen, in den Parteien als Träger der politischen Willensbildung – ist heute aktueller denn je. Bevor wir aber diese Frage in Form konkreter und mehr oder weniger aktueller Beispiele besprechen, möchten wir auf eine Reihe von Studien aus dem französischen Sprachbereich hinweisen. In einer kleineren Studie wurde von Jean Meynaud das Problem der «Pressure Groups»<sup>2</sup> gründlich diskutiert, hauptsächlich anhand französischer Verhältnisse. Wenn auch unter der Herrschaft de Gaulles sich die betreffenden Verhältnisse nicht unwesentlich geändert haben dürften und undurchsichtiger geworden sind, so werden damit doch Fragen aufgegriffen, welche seit einiger Zeit im Rahmen international vergleichender Studien auf breiter Basis behandelt werden, nämlich in erster Linie das Verhältnis und der Einfluß der Experten auf die Entscheidungen der politischen Behörden<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> «Verkehr und Menschlichkeit», herausgegeben von der NHG im Atlantis-Verlag, Zürich 1958, S. 27. Siehe auch Manfred Kuhn: «Probleme der Meinungsbildung in der demokratischen Gesellschaft», Verlag «Stiftung im Grüene», Zürich-Rüschlikon 1959; «Die Herrschaft der Experten», Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, Februar 1959, S. 65 ff.

<sup>2</sup> In Sammlung «Que sais-je?»: Prof. Jean Meynaud: «Les groupes des pressions.»

<sup>3</sup> So berichtete zum Beispiel am «V. Congrès des Associations des Sciences Politiques» in Paris vom 26. bis 30. September 1961 Fr. Vito über die Erfahrungen in Italien (Le rôle des experts dans la vie politique), J. Diordjenick über das jugoslawische Experiment («Les problèmes de la technokratie et le rôle joué par les spécialistes [experts]»), P. Meyer über Skandinavien («Report in the role of experts in government»). Auch am eben beendeten VI. Internationalen Kongreß für Soziologie vom 4. bis 10. September in Evian wurde mehrfach auf dieses Problem, allerdings in abgeschwächter Form, hingewiesen, offenbar weil die öffentliche Diskussion bereits zu einer gewissen Klärung und einer realistischen Praxis geführt hat.

Entwickeln sich die modernen Industriestaaten mehr und mehr zu Expertokratien? Gelingt es den technischen Fachleuten, eine Art Oligarchie und Technokratie aufzubauen und den Einfluß der legalen politischen Instanzen entscheidend zurückzudrängen? Mit andern Worten, wird die parlamentarische Demokratie oder auch die direkte Demokratie im Zusammenhang mit der stürmischen technischen Entwicklung durch eine Diktatur der Fachleute gefährdet? Besteht nicht die Gefahr, daß sich die beratenden technischen Diener mit bestimmten Interessentengruppen zu scheinbar unüberwindlichen Mächtigkeitsgruppen auch in der direkten Demokratie zusammenschließen? Allerdings haben international durchgeführte Studien mit überwiegender Mehrheit immer wieder den Standpunkt vertreten, die letzte Entscheidung technischer Fragen sei stets den politisch verantwortlichen Instanzen vorzubehalten, da bloß diese Instanzen über die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen können<sup>4</sup>.

Aus der Fülle der schweizerischen Problematik greifen wir – etwas willkürlich – einige wenige Beispiele heraus. Am 1. April 1962 ist in der Stadt Zürich nach einem lebhaften Abstimmungskampf mit rund zwei Drittel Mehrheit die offizielle Tiefbahnvorlage abgelehnt worden. In einem Artikel «Ein Ja zur Tiefbahnvorlage» (16. März 1962) hat Hans Marti (in den folgenden Jahren offizieller Berater des Stadtrates für die Verkehrsplanung der Stadt Zürich) geschrieben:

«Die ernstzunehmenden Gegner der Tiefbahnvorlage werden den Nachweis zu erbringen suchen, daß sich das Tiefbahnprojekt nicht mit den Gegebenheiten Zürichs vereinbaren läßt. Wir gehen bei unseren Betrachtungen . . . von den in den Räten vor sechs Jahren gefaßten grundsätzlichen Beschlüssen aus und legen somit ein Treuebekenntnis zum üblichen Vorgehen in unserer Stadt ab, das sowohl Verwaltung, Exekutive und Legislative als auch die an der Stadtentwicklung beteiligten Privaten des Hoch- und Tiefbaus, der Wirtschaft und der Rechtspflege . . . praktizieren. *Eine Auflehnung gegen diese Mächtigkeitsgruppen ist aussichtslos.*»

Der 1. April brachte scheinbar eine politische Überraschung<sup>5</sup>. Überzeugte Tiefbahnbefürworter warfen die Frage auf, ob «Vox populi – Vox dei» sei, ob die Mehrheit immer recht habe:

«Eines bleibt: die eher bange Frage, ob die Mehrheit wirklich immer recht hat oder ob es – da die Vorlagen dank den technischen Fortschrit-

---

<sup>4</sup> Diese Auffassung wird vor allem in Berichten über die Verhältnisse in Deutschland, Frankreich, Italien, Skandinavien, den Niederlanden, Jugoslawien, Israel und Südamerika vertreten.

<sup>5</sup> Trotz einstimmigem Stadtrat, einstimmiger vorberatender Kommission, Mehrheit des Gemeinderates von 98 Ja gegen 8 Nein, einhelligen Parolen aller stadtzürcherischen Parteien, Aufrufen der Automobilverbände usw. wurden mit 53 893 Nein gegen 34 307 Ja die Vorlage verworfen.

ten, der Zunahme der Bevölkerung, der ständigen Komplizierung der Verhältnisse usw. – der Mehrheit der Stimmbürger *gar nicht mehr möglich ist*, die Vorlagen zu überblicken und *richtige*, das heißt *wohlüberlegte und weitsichtige Entscheide* zu treffen.»

Diese Argumentation würde die Grundlagen der direkten Demokratie und des demokratischen Rechtsstaates in Frage stellen, wenn sie berechtigt wäre. Allzu rasch wird der Rubikon auf dem Wege zu Befürwortung diktatorisch-totalitärer Maßnahmen überschritten, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, der Experte habe als Fachmann in allen Sachfragen das letzte, das entscheidende Wort zu sprechen. Und doch haben die Stimmbürger der Stadt Zürich – in diesem Falle – einen durchaus richtigen, sachlich gerechtfertigten Entscheid getroffen, weil sie das von den städtischen Behörden mißachtete Problem der künftigen finanziellen Belastung der Stadt in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen rückten. Zudem hat die nachfolgende Bereinigung der Verkehrs- und Bebauungsplanfragen der Stadt Zürich durch Hans Marti, den Stadtrat und die kantonalen Behörden auch die verkehrstechnische Kritik der Tiefbahngegner voll und ganz gerechtfertigt<sup>6</sup>.

Entscheidend war aber vor allem das finanzpolitische Problem, wie wir in anderem Zusammenhang schon in unserem Artikel «Folgen falscher Steuerpolitik durch Senkung der Steuern während der Hochkonjunktur<sup>7</sup> zu zeigen versuchten.

Gerade im Hinblick auf den Abstimmungskampf über die Tiefbahnvorlage und ihre wuchtige Verwerfung in der Volksabstimmung darf die Frage der Bewährung der direkten Demokratie aufgeworfen werden. Die von Hans Marti anvisierten «Mächtigkeitsgruppen» haben trotz intensivster Werbung ihre Parolen nicht durchsetzen können. Die direkte Demokratie ist auch im heutigen technischen Zeitalter innerlich gesund. Selbst wenn man nur über relativ geringe finanzielle Mittel verfügt, gelingt es, an jene soziologischen Kreise heranzukommen, welche die Wissenschaft als *Meinungsbildner* bezeichnet und die sich praktisch – in unseren schweizerischen Verhältnissen – nur durch eine sachlich begründete, wahrhafte Propaganda überzeugen lassen<sup>8</sup>. Diese «Meinungsbildner» machen höchstens 10 Prozent unserer männlichen Stimmbürger aus, bestimmen und beeinflussen aber das Abstimmungsklima in entscheidender

---

<sup>6</sup> In der City sollen Fußgängerbereiche geschaffen, Parkhäuser am Cityrand errichtet, anstelle der Tiefbahn ein Untergrund-Schnellbahnnetz nicht nur für das engere Stadtgebiet, sondern für die Region gebaut werden. Eine langfristige, finanziell tragbare Planung ist vorgesehen.

<sup>7</sup> «Rote Revue», 44. Jahrg., Heft 11, 1965, S. 293/5.

<sup>8</sup> Analoge charakteristische Beispiele in Stadt und Kanton Zürich waren seinerzeit die Abstimmungen über die Errichtung eines Großstadions und die erste Vorlage für den Ausbau des Flughafens Kloten.

Weise. Die meisten lokalen, kantonalen und schweizerischen Abstimmungen zeigen, daß es in unserer direkten Demokratie nicht möglich ist, mit den Werbemethoden der Marktforschung die Stimmbürger zu einer Stimmabgabe zu veranlassen, die sie nicht mehr oder weniger zu überzeugen vermochte.

Die Referendumsdemokratie zwingt die kantonalen und die eidgenössischen Behörden dazu, in der Vorbereitung der gesetzgeberischen Akte die sogenannte öffentliche Meinung, das heißt die Presse, zu beachten und die Interessengruppen und Verbände außer den politischen Parteien zur Vorbereitung heranzuziehen. Die Vorbereitung gesetzgeberischer Akte wird um so wirkungsvoller, je sachkundiger die Experten sind, welche an dieser Vorbereitung beteiligt sind. Der Bundesrat hat zum Beispiel in diesem Jahre unter dem Vorsitze von Prof. Jöhr eine Expertenkommission für die längerfristige Finanzordnung im Bunde eingesetzt. Die Kommission kam zum Schluß, schon 1967 sei ein Defizit der Bundesrechnung von 700 Millionen Franken zu erwarten, ein Defizit, das bis 1974 auf über 1,9 Milliarden ansteigen werde.

Was sich gegenwärtig auf gesamteidgenössischem Boden in Bund, Kantonen und Gemeinden abzeichnet, sind im großen gesehen die direkten und indirekten Folgen jener Finanz- und Steuerpolitik, welche entgegen konjunkturgerechten Maßnahmen in Zeiten der andauernden Hochkonjunktur die Steuern immer wieder gesenkt hat, weil mit dieser Politik Wählerstimmen zu gewinnen waren. Diese kurzsichtige Politik rächt sich heute. In den kommenden Jahren werden Steuererhöhungen im Bund, bei den Kantonen und den Gemeinden unvermeidlich sein. Aber offenbar müssen auch die Ausgaben verringert werden.

Diese Einsparungen können unseres Erachtens aber nicht nur auf dem Gebiete der Subventionen vorgenommen werden. Sie müssen auch erfolgen auf jenen Gebieten, die von bürgerlichen Kreisen im Sinne ihrer Weltanschauung und Interessenpolitik gerne mit einem Tabu belegt werden, nämlich auf dem *Gebiete des Nationalstraßenbaues und des Militärwesens*. Es ist kein Landesunglück, wenn das Nationalstraßennetz vielleicht zehn oder zwanzig Jahre später vollendet wird. Und die Diskussion um die Atomwaffenrüstung und den Nutzen unserer Landesverteidigung zeigt, daß eine «totale» Landesverteidigung für den Kleinstaat Schweiz unmöglich ist. Das Konzept der schweizerischen Landesverteidigung muß an die finanziellen und strategischen Möglichkeiten der Schweiz angepaßt werden. Vor allem sollte beachtet werden, daß im Zweiten Weltkrieg ein Sieg Hitlers in Europa ohne irgendwelchen Waffengang den Anschluß der Schweiz an Deutschland erzwungen hätte, da Hitler im Falle seines Sieges die Schweiz einfach durch eine Blockade, eine Sperrung ihrer Zufuhren hätte zur Kapitulation zwingen können. Unsere Landesverteidigung muß von Experten gesteuert werden, welche nicht nur ideologische Gesichtspunkte in Betracht ziehen, sondern alle irgendwie denkbaren Faktoren,

darunter auch die finanziellen Möglichkeiten der kleinen Schweiz ernsthaft überprüfen und beachten.

Die Mirage-Affäre, eine Folge einseitiger Wahl der Experten aus dem engen Kreis der Instruktionsoffiziere, zeigt, welche Konsequenzen fehlerhaft gesteuerte Maßnahmen haben können. Hinter dem Beschluß, das Mirage-Flugzeug zu beschaffen und nicht auf den Ankauf schwedischer Flugzeuge einzutreten oder den P 16 als eigene Konstruktion fertig zu entwickeln, stand unverkennbar die Absicht, mit Hilfe der Mirage den Anschluß an die Atomrüstung de Gaulles zu gewinnen, ebenso wie es heute öffentliches Geheimnis ist, daß der Ankauf der 700 Starfighter-Flugzeuge der Deutschen Bundeswehr in der Hoffnung erfolgte, damit zum verbündeten Atomwaffenträger der USA zu werden. Die zeitliche Parallele der beiden politischen Entschlüsse kann kein Zufall sein. Auf alle Fälle können wir feststellen, die direkte Demokratie kann die durch eine Expertokratie drohenden Gefahren mit Erfolg abwehren, wenn sie lebendig bleibt und alle Diskussionen breit und allgemein genug im Dienste der Wahrheitsfindung geführt werden.

**MARKUS SCHELKER**

## **Prager Impressionen**

In der Augustnummer der «Roten Revue» berichtet Otto Schmidt von einem 36stündigen Aufenthalt in der CSSR. Er beschließt seine Reisenotizen mit dem Satz: «Das war unser letzter Gedanke in der Tschechoslowakei: Gott sei Dank sind wir hier raus!»

Nun, angesichts der Zollschikanen ein verständlicher Satz, angesichts dessen allerdings, was man in der Tschechoslowakei sehen und erleben kann, gewiß ein ungerechter Satz. Und in Sachen Zollschikanen: Ich kenne da gewisse westliche Länder, wo man durchaus Gleichwertiges erleben kann. Man sollte ein Land nie allzusehr nach seinen Zollorganen beurteilen . . .

Was ich von der Tschechoslowakei erzählen möchte, sind nicht in erster Linie politische Beobachtungen, sondern persönliche Eindrücke, die ich während eines einwöchigen Aufenthaltes in Prag sammeln konnte, bei dem ich sehr viel mit Tschechen zusammengekommen bin und mit ihnen diskutiert habe.

\*

Fünzig Studenten blicken fragend und erwartungsfroh aus den Fenstern, als unsere Chartermaschine auf das Empfangsgebäude des Prager Flughafens zurollt. Nachdem wir ausgestiegen sind, passieren wir die Paßkontrolle. Sie verläuft sehr genau, doch sind die Beamten sehr höflich und arbeiten speditiv. Unser Gepäck wird überhaupt nicht kontrolliert, sondern direkt vom Flugzeug in den Autocar verladen, der uns in die Stadt bringt. Der Bus rollt durch